

lösungsansätze der Zukunft darstellen. Ban stellt diesen Errungenschaften Herausforderungen wie etwa die Bevölkerungsentwicklung und die wachsende Komplexität von Friedenssicherungseinsätzen gegenüber, und vermittelt damit den Eindruck, dass er einen Fahrplan für seine zweite Amtszeit hat. Dies ist jedoch nicht der Fall. Mittlerweile im Amt bestätigt, zeigt dieser kurze Ausblick auf die Zukunft, dass der Generalsekretär seinem Credo auch in den nächsten fünf Jahren treu bleiben wird: Der Generalsekretär ist zuallererst ›Diener‹ der Mitgliedstaaten, zweitens Manager und erst an dritter Stelle Verfechter der Ziele in der UN-Charta. Obwohl während des ›Arabischen Frühlings‹ ein aktiverer Generalsekretär zu beobachten war, hat sich die Hoffnung (siehe Henrike Paepcke, Bericht für die 65. Generalversammlung, VN, 5/2010, S. 222), dass seine Wiederwahl eine Chance für den Generalsekretär sein könne, weniger politisch konform aufzutreten, bisher nicht erfüllt. Auch der Bericht für die 66. Generalversammlung lässt diesbezüglich wenig Zuversicht aufkommen.

Wirtschaft und Entwicklung

Am wenigsten entwickelte Länder (LDCs):

4. Konferenz 2011 in Istanbul

- LDC-Traumziele
- LDC oder MEC?

Johannes Wendt

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Heiko Föhnel über die LDC III, VN, 4/2001, S. 147ff., fort. Für Berichte über die vorangegangenen Konferenzen siehe: LDC I, VN 6/1981, S. 215ff., LDC II, VN, 1/1991, S. 18ff.)

Von den westlichen Medien und der türkischen Öffentlichkeit kaum bemerkt und allenfalls mit herablassenden Kommentaren bedacht haben sich etwa 8000 Delegierte aus aller Welt vom 9. bis 12. Mai 2011 zur **Vierten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwi-**

ckelten Länder (LDC IV) in Istanbul zusammengefunden. Es war das vierte Treffen dieser Art, seit die Vereinten Nationen im Jahr 1971 beschlossen hatten, den ›Ärmsten und Schwächsten‹ der Weltgemeinschaft mit besonderen Aktionsprogrammen zu helfen. Die Folge-Konferenzen LDC I, II und III fanden in Zehnjahresabständen statt: 1981 in Paris, 1991 in Paris und 2001 in Brüssel. 1971 wurden 25 Staaten mit den niedrigsten Erwerbs- und Alphabetisierungsquoten und den höchsten Sterberaten dieser Gruppe zugerechnet. Heute sind es, sollten Südsudan und Palästina ›erfolgreich‹ kandidieren, mit 50 Staaten genau doppelt so viele. Allein dieser Umstand zeigt, wie wenig die bisherigen Erklärungen und Agenden bewirkt haben und wie wenig die Wirklichkeit dem Pathos entspricht, mit dem der türkische Präsident Abdullah Gül als Gastgeber das Treffen in Istanbul eröffnete. Er äußerte die Hoffnung, dass »die ersten Herzschläge einer neuen und gerechten Weltordnung« zu hören seien.

Meinte Gül die Absprache, die gleich im ersten Punkt der in Istanbul verabschiedeten Erklärung festgehalten ist? Demnach soll die Zahl der LDCs bis zum Ende der in Istanbul eingeläuteten Entwicklungsdekade, 2011 bis 2020, halbiert und damit auf den Stand der Gründungszeit zurückgeführt werden. Bislang konnten nur drei Länder – Botswana 1994, Kap Verde 2007 und die Malediven 2011 – den LDC-Status hinter sich lassen. Dieser Status wird vom UN-Ausschuss für Entwicklungspolitik in einem komplizierten Verfahren festgelegt, der soziale und wirtschaftliche Kriterien mit den Aussagen des Berichts über die menschliche Entwicklung des UN-Entwicklungsprogramms kombiniert. Wer den Sprung vom am wenigsten entwickelten Land zum Entwicklungsland schaffen will, muss ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens sieben Prozent vorweisen, das indessen zusammen mit politischen, sozialen und ökonomischen Strukturreformen, Schuldenerlass sowie zusätzlichen staatlichen und privaten Finanzhilfen dazu beitragen soll, die Marginalisierung dauerhaft zu überwinden, wie der Aktionsplan ausführt.

Eine Halbierung oder auch nur eine bedeutsame Verringerung der Länder mit LDC-Status wird indessen aller Voraussicht nach ebenso wenig erreicht wie das in Istanbul ebenfalls bekräftigte Millen-

niums-Entwicklungsziel, das eine Halbierung der Armut zum Jahr 2015 vorsieht. Schließlich müssten die zu den anderen Entwicklungsländern aufschließenden Länder auf Sonderkonditionen verzichten, so dass der Aufstieg in die Gruppe der ›normalen‹ Entwicklungsländer, die – siehe China und Indien – trotz frappierenden Wirtschaftswachstums weiterhin den größten Anteil der Armen und Hungern auf dieser Welt haben, sogleich im neoliberalen Wind des schärferen Wettbewerbs und unter dem Druck der Auflagen des Internationalen Währungsfonds in Frage gestellt wird. Mit Blick auf dieses Dilemma wurde in Istanbul eine Strategie für einen geschmeidigen Übergang (smooth transition) mit einem Maßnahmenpaket angeregt, das noch von einer *Ad-hoc*-Arbeitsgruppe zusammengestellt werden soll. Jedenfalls soll eine abrupte Kürzung der bisherigen Hilfszusagen vermieden und ein vorübergehender Ausbau der Handelsvorteile auf bilateraler Basis ermöglicht werden.

Die UN-Generalversammlung hatte im Jahr 2009 im Hinblick auf das Treffen in Istanbul neben dem routinemäßigen Auftrag, die Wirkungen des vor zehn Jahren in Brüssel beschlossenen Aktionsprogramms zu prüfen, unter anderem den Entwurf ›zusätzlicher Maßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder‹ sowie einer ›erneuerten und verstärkten Partnerschaft‹ angemahnt. Die jahrelangen Vorbereitungen und Zwischenbilanzen auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene und die einwöchige Konferenz selbst, auf der Redner aus 121 Staaten und von 13 UN-Organisationen zu Wort kamen, sowie auf die begleitenden Foren der Parlamentarier (160 Abgeordnete aus 55 Ländern), der Zivilgesellschaft (1500 Delegierte von 270 Organisationen) und der Wirtschaft, die sich wiederum in drei verschiedenen Diskussionsrunden präsentierte, und schließlich das Aktionsprogramm mit 150 Haupt- und vielen Unterpunkten, die in schier endlosen und meist vage formulierten Schleifen kaum einen Aspekt auslassen, dazu die 18-Punkte-Erklärung mit zweiseitiger Präambel spiegeln die Schwierigkeit wider, die Forderungen und Vorbehalte der angereisten Interessengruppen – Regierungen und NGOs, Profit- und Non-Profit-Organisationen, wirtschaftliche und wissenschaftliche Institutionen – einigermaßen ver-

ständig und zugleich umfassend und wasserdicht zusammenzubringen.

Der vergangenen Entwicklungsdekade wurden in Istanbul wahrlich keine Bestnoten, sondern allenfalls Verlegenheitsprädikate erteilt. Fast schon kabarettreif wird formuliert, dass nicht alle der in Brüssel gesetzten Ziele in vollem Umfang erreicht worden seien und dass sich an der marginalisierten Lage der LDCs nichts geändert hätte. Sie leiden weiter unter extremer Armut, Ungerechtigkeit und Struktur Schwächen. Die Notlage in Konfliktzonen, der internationale Waffen- und der Drogenschmuggel werden ebenso den Entwicklungshemmnissen zugerechnet wie die Auswirkungen der Finanz- und Energiekrisen auf die Nahrungsmittelpreise, den Ex- und Import, den Konsum und die Beschäftigungslage. Hinzukommen die wachsenden Herausforderungen durch den Klimawandel. Auf dem Weg zu den Millenniums-Entwicklungszielen seien nicht wenige LDCs aus der Spur geraten, wird resümiert. Maßnahmen gegen Korruption, Geldwäsche und Schmuggel werden unter Bezug auf die von allen mitgetragene UN-Konvention und mit dem Bekenntnis zur »guten Regierungsführung auf allen Ebenen« von den LDCs, aber ebenso dringend von den Partnerländern erwartet. Gestohlener Besitz müsse in die Ursprungsländer zurückgebracht werden.

Wie vor zehn Jahren in Brüssel enthält der Istanbul Aktionsplan einen Katalog der guten Absichten, der Geber und Empfänger zu einem solidarischen Zusammenwirken auf allen Gebieten führen soll. Immerhin wurden die staatlichen Entwicklungsausgaben der Geberländer, nach wie vor die größte externe Finanzhilfe für die LDCs, im abgelaufenen Jahrzehnt von 0,05 auf 0,09 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht, blieben damit aber weit hinter der Zielmarke von 0,15–0,20 Prozent. Ein steigender Anteil der Zuwendungen floss in den Bereich Soziales und kam damit, so wird kritisch notiert, nicht der wirtschaftlichen Entwicklung zugute. Positiv wird die HIPC-Initiative für die am schwersten verschuldeten Staaten bewertet, aber sie hat eben bei weitem nicht alle Länder begünstigt. Die Verschuldung bleibt das Hauptproblem, heißt es.

In unterschiedlichen Zusammenhängen werden kühne und umfassende (bold and comprehensive) Maßnahmen gefordert, die aber nicht genau beschrieben

werden. Ebenso wird wiederholt auf die »besonderen Bedingungen« der LDCs hingewiesen, ohne sie zu nennen und ihre Relevanz für den Aktionsplan deutlich zu machen. Allenfalls könnte die nachdrückliche, wiederholte und pauschale Mahnung, dass die Geberländer ihre Zusagen gegenüber den LDCs einhalten sollen, das gegenseitige Verhältnis beleben. Nur so nämlich sei die Infrastruktur auf allen Gebieten (namentlich Strom, Wasser, Transport, Kommunikation) zu verbessern.

»Einige Fortschritte« seien erreicht worden, ist zu lesen. Man fragt sich: Wo? Und welche Lehren wurden in Istanbul aus der mageren Bestandsaufnahme gezogen? Auch hier sind die Aussagen meist vage und nebulös. Geografische Besonderheiten, Küstenferne oder -nähe, Ackerbau im Hochgebirge und Ländereien unter dem Meeresspiegel, ökologische Schwächen und politische Konflikte müssten stärker berücksichtigt werden. Der Aktionsplan sei besser den nationalen Entwicklungsstrategien anzupassen – im Kontext der Süd-Süd-Zusammenarbeit, die eine Ergänzung, keinesfalls ein Ersatz für die Nord-Süd-Kooperation sei. Die Förderung technologischer Fähigkeiten und Möglichkeiten – nicht zuletzt ein hundertprozentiger Zugang zum Internet bis 2020 und eine vollständige Energieversorgung bis 2030 (Aktionsplan, Punkt 45 c und e-bis) – wird noch vor der landwirtschaftlichen Entwicklung empfohlen.

Angemessene Arbeit für alle zu erreichen, ist ein weiteres Traumziel, das vermutlich – nicht anders als nach den vorangegangenen Agenden – nicht einmal in Ansätzen Wirklichkeit wird. In der Istanbul Erklärung erhalten vor allem private Initiativen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die dynamisch und sozial verantwortlich auftreten sollen, die Funktion eines ökonomischen Sprungbretts, das nicht zuletzt durch externe Finanzhilfen, im Besonderen aber durch die Rücküberweisungen von im Norden beschäftigten Emigranten aktiviert werden soll. In diesem Zusammenhang wird eine Bank angeregt, die technologische Neuerungen in den LDCs finanzieren soll. Die Türkei hat zudem angeboten, ein Internationales Zentrum für Technologie und Innovation einzurichten. Erst danach wird knapp die in der Tat entscheidende Bedeutung der Landwirtschaft in den und für die ärmsten Länder mehr erwähnt als

unterstrichen. Schließlich ist es ohne eine kräftige Hilfe für die Bauern nicht möglich, die Armut und den Hunger auszurotten, wie es die Millenniums-Entwicklungsziele und alle vorlaufenden und begleitenden Erklärungen zur Entwicklungspolitik vorschreiben.

Das weltwirtschaftliche Desaster, das der neuerliche Börsenkrach nach sich zieht, trifft die LDCs nicht weniger als die vorangegangenen Finanzkrisen in einem noch gar nicht abzuschätzenden Ausmaß, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben. Auffallend ist, dass sich der politische und wirtschaftliche Aktionismus der Industriestaaten seit dem Sommer 2011 fast ausschließlich um die Selbstsanierung dreht, für die mit dem traurigen Resultat weiterer Verschuldung zwei Billionen Euro eingesetzt wurden, und die Rückwirkung der Depression auf die anderen Mitglieder der Weltgemeinschaft aus dem Blick zu geraten droht. Und welche Chancen auf Entwicklung haben arme Länder, fragte Michael Baumüller am 16./17. Juli 2011 in der Süddeutschen Zeitung, wenn sie zuerst die Folgen des Klimawandels bewältigen sollen? Der neue Aktionsplan jedenfalls und die wohlmeinenden Begleitpapiere können den LDCs ebenso wenig wie der Brüsseler Aktionsplan von 2001 Halt gegenüber solchen »externen Schocks« verleihen, was ausdrücklich bemängelt wird.

Mit herben Worten, Wut und tiefer Enttäuschung hat das zivilgesellschaftliche Forum auf die Istanbul Beschlüsse reagiert. Sie seien »zahnlos« und enthielten nichts Neues. Liberalisierung werde anders verpackt, ohne zu bedenken, dass die Regierungen Arbeit, Konsum und Umwelt zu regulieren hätten. Die Privatwirtschaft könne durchaus nützlich sein. Aber sie schwäche mit einer unbedachten Mineral-, Fisch- und Waldausbeutung, nicht zuletzt mit »food dumping« und Biosprit-Plantagen die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung. Die LDCs dürften nicht weiter die MECs (most exploited countries) sein.

Dokumente: Programme of Action for the Least Developed Countries for the Decade 2011–2020, UN Doc. A/Conf.219/3/Rev.1 v. 23.5.2011; Draft Istanbul Declaration. Renewed and Strengthened Global Partnership for the Development of Least Developed Countries, UN Doc. A/Conf.219/L.1 v. 12.5.2011.